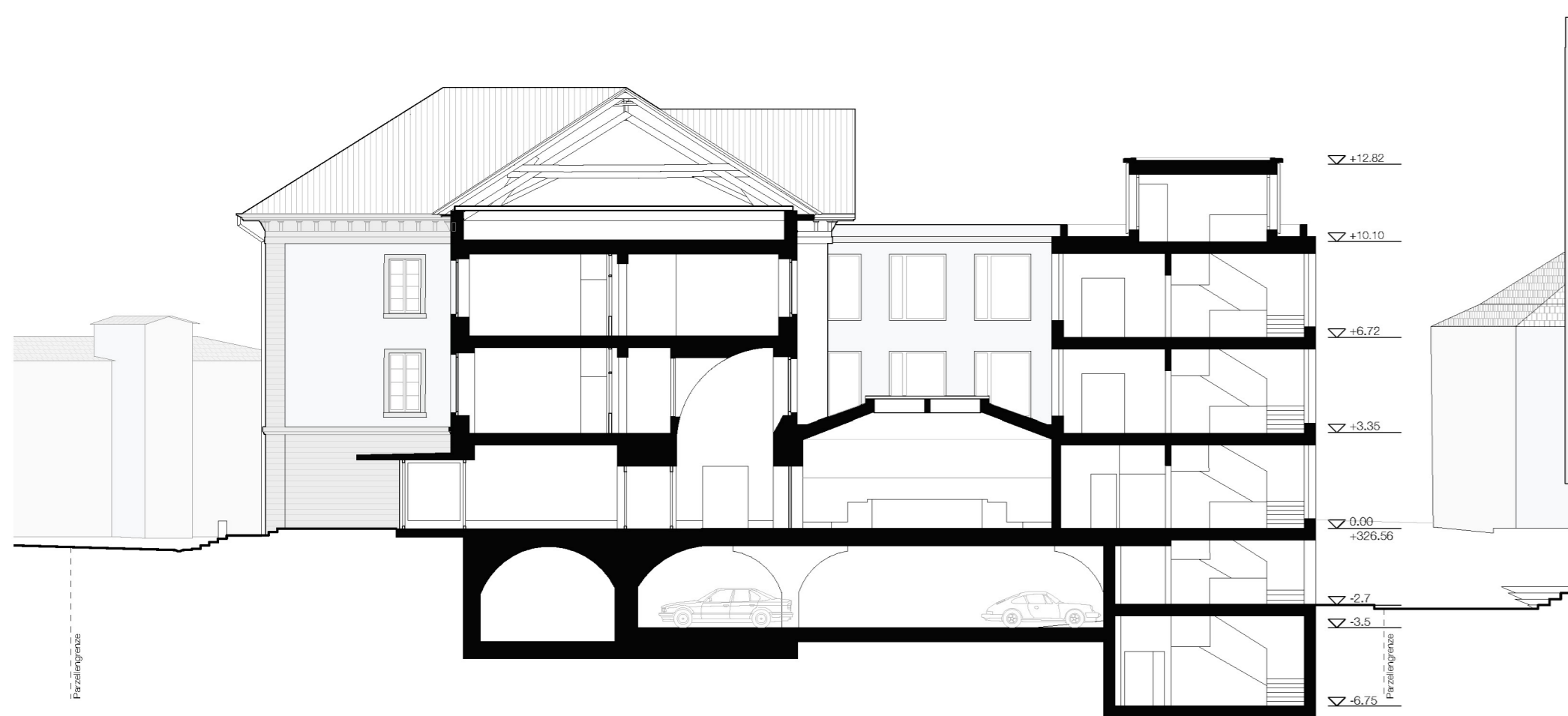


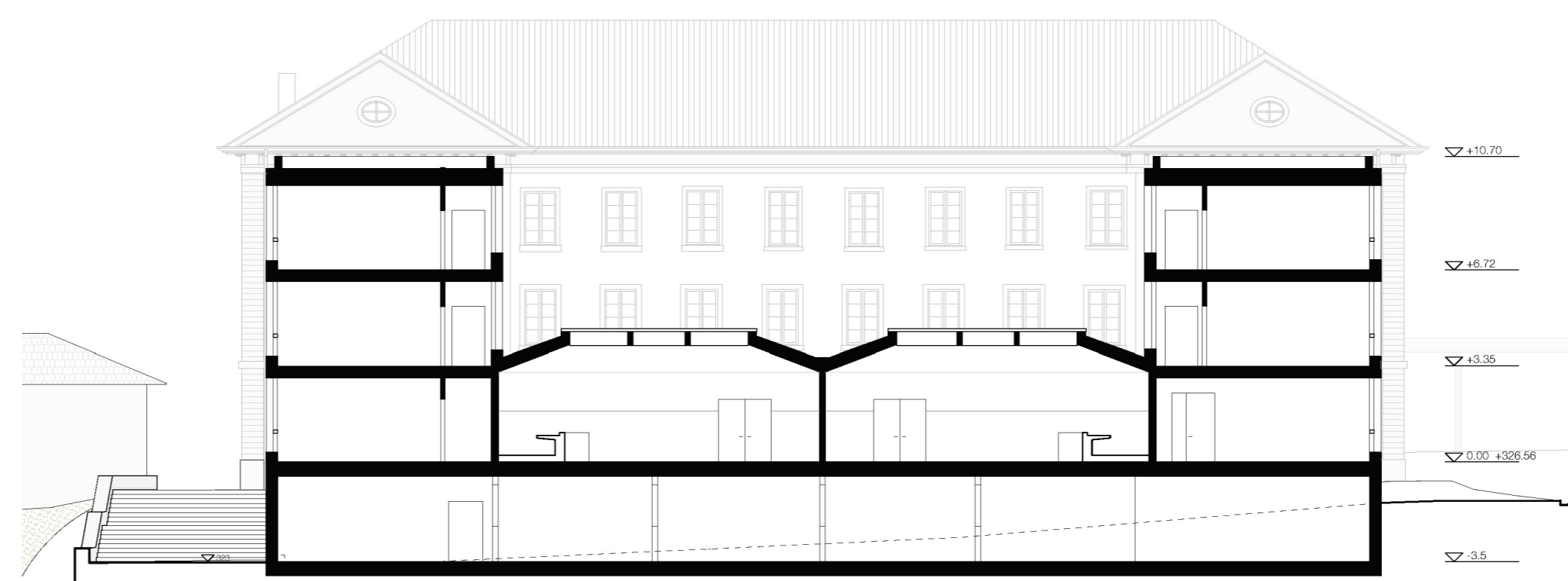


GRUNDRISS EG 1:200

- Geschützter Bereich / Gerichtsverwaltung
- Publikumsbereich (identifiziert) / Gerichtssäle
- Öffentlicher Bereich

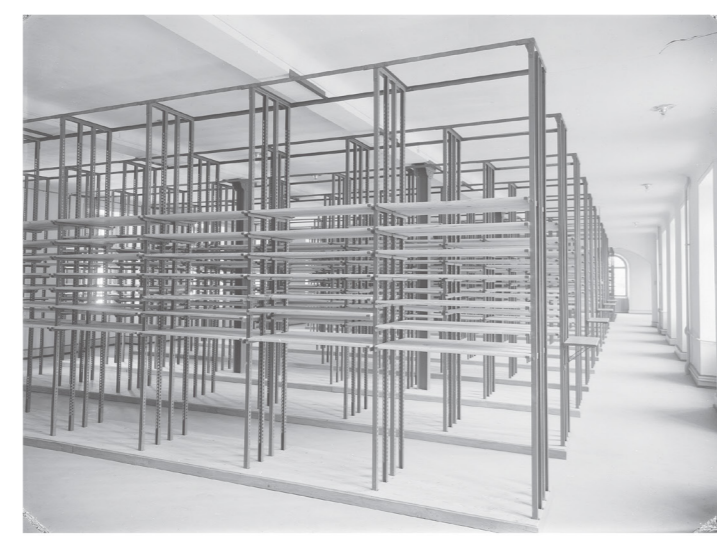


QUERSCHNITT A-A 1:200



QUERSCHNITT B-B 1:200

Das Mobiliar der Bibliotheken und Handarchive wird aus der Erinnerung an die alten Bibliotheksregale entwickelt.



ALTER BIBLIOTHEKSSAAL VON 1919

Wie bis anhin werden die Lasten im Innern des Altbaus über Stützen abgeleitet, diese werden nun aber architektonisch thematisiert. Dies erlaubt, Trennwände wo erwünscht filigran und transparent zu gestalten, wie bei den Kanzleien.

Der Weg vom Vorplatz ins Gebäude über den Warteraum hinein in den Gerichtssaal bildet eine Raumdramaturgie aus, welche die Besucher auf die Gerichtsversammlung vorbereitet.

Die Tiefgarage wird von vorfabrizierten Bogenstützen getragen, welche sich aus dem Tonnengewölbe des Altbaus herleiten und dieses im Bereich des Übergangs zwischen Alt und Neu auch ersetzen.

Das gefaltete Dach überhöht die räumliche Wirkung der Gerichtssäle und öffnet sich im Zentrum für ein grosses Oblicht, welches gleichmässig gefiltertes Licht in den Raum verteilt.

Der Attikaaufbau verweist in seiner Materialisierung und Struktur auf den verborgenen Dachstuhl im Altbau.



SCHNITTPERSPEKTIVE Ca. 1:50

A few good rooms

Architektonisches Verhältnis Altbau-Neubau

Der Entwurf verfolgt die klare Absicht, Alt- und Neubau zu einem neuen, untrennbaren Ganzen zusammenzuführen. Im Grundriss lässt sich dieses Prinzip klar ablesen durch das Zusammenfügen der Gebäudeteile zu einer Ringfigur. Auf der Ebene der architektonischen Sprache ist hingegen nicht ein weitgehendes Angleichen der neuen Gebäudeteile an die historische Architektur Ziel, sondern vielmehr ein dialogisches Verhältnis der beiden Teile zueinander: gewisse Themen werden übernommen, andere werden konterkariert, womit eine gewisse Spannung zwischen alt und neu entsteht. Übernommen wird das Prinzip der muralen, homogen konstruierten Lochfassade, welche klassisch in Sockel-, Mittel- und Dachabschluss gegliedert wird. Dessen Ausformulierung wird hingegen frei interpretiert: So wird beispielsweise die mächtige Dachfigur des Altbaus neu in Form eines hölzernen Attikaaufbaues interpretiert, welcher auf den verborgenen Dachstuhl des Altbaus hinweist. Der neue Sockel verspringt in seiner Höhenlage und folgt dem Terrain. So zeigt die Nordfassade drei Obergeschosse über dem Sockel.

Der Übergang zwischen den beiden Teilen ist vom Respekt des Neuen gegenüber dem Alten geprägt: Das flache Dach des Neubaus schliesst unterhalb der beiden Giebeldecke der Seitenflügel an, während die Aussenwände im Grundriss hinter die Flucht der alten Mauern zurückweichen. So bleibt die ursprüngliche Gestalt des Altbaus spürbar.

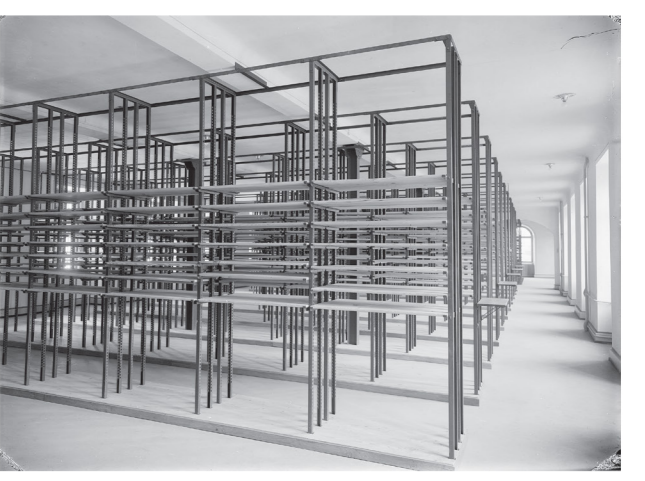


REFERENZ RATHAUS GÖTEBORG, GUNNAR ASPLUND, 1936

Umgang mit dem Bestand

Die Behandlung des Altbaus folgt nicht dem Prinzip einer möglichst weitgehenden Wiederherstellung eines historischen Zustands, sondern schlägt anhand einer sorgfältigen Lektüre des Vorhandenen eine neue Grundrisskonfiguration vor, die sich harmonisch und selbstverständlich in die alten Mauern einfügt. Erhalten werden dabei die dicken Wände, welche die fünfteilige Grundrisskomposition gliedern, alle dazwischenliegenden dünnen Wände werden entfernt und neu gesetzt, sie haben keine strukturelle Bedeutung.

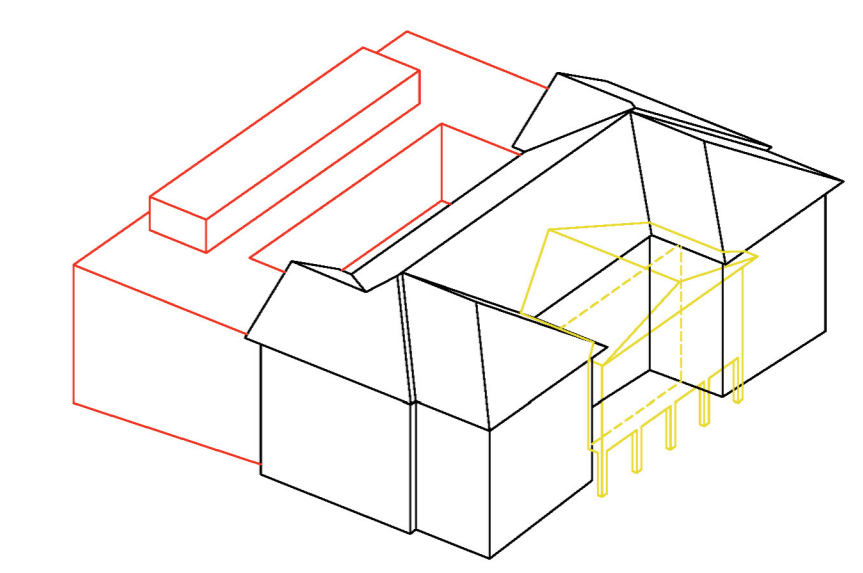
Während das EG durch kammerartige Raumfolgen geprägt wird, befreien sich die Obergeschosse teilweise davon. Der Mittelteil mit den Kanzleien ist konzeptionell als grosser, offener Raum ausgebildet, welcher durch Stützen in einer Mittelachse getragen wird und dessen Raumeinteilungen durch verglaste Trennwände erfolgen. Diese Prinzip leitet sich aus historischen Bildern des Altbaus ab, wie dem ehemaligen Bibliothekssaal im EG, welcher durch Stahlstützen getragen wurde.



ALTER BIBLIOTHEKSSAAL VON 1919

Die neue Grundrisseinteilung respektiert die Lage aller bestehenden Fenster. Im Mittelflügel der Eingangsfassade, welche zuletzt im Gebäudeinneren lag, werden neue Fenster gesetzt, welche sich analog der Frontfassade von 1920 verhalten.

Die Deckenstrukturen werden - bis auf den Deckendurchbruch für den hohen Warteraum - so weit möglich erhalten und mit einem Überbeton stabilitäts- und schalltechnisch den neuen Anforderungen angepasst. Bestehende Auflagerpunkte können weitgehend beibehalten werden.



Die Kubatur des Bestandsgebäudes wird durch den Rückbau des südlichen Mittelrisalites von 1970, sowie der Korridorschicht von 1920, in seine ursprüngliche Erscheinung um die Jahrhundertwende versetzt. Durch geringfügige Eingriffe kann der bestehende Dachstuhl erhalten werden.

Der Dachraum wird als kalter Estrichraum beibehalten und erhält keine neuen Nutzungen.



SITUATIONSPLAN 1:500

Städtebauliche Überlegungen/ Projektidee

Das kantonale Gerichtsgebäude besetzt eine bedeutsame Stelle im Stadtgrundriss von Liestal: Einerseits formt es zusammen mit dem Kulturhaus Palazzo den östlichen Bahnhofplatz, gleichzeitig steht es direkt an der nach Osten abfallenden Geländekante und thront so gewissermassen über der Altstadt. Die beiden vorliegenden Studien der Nachbarareale «Lüdin» und «Orisbach» verfolgen den Ansatz, diese gebaute Kante als Abschluss des Bahnhofsquartiers zu stärken und somit gleichzeitig den Flussraum des Orisbachs zu dessen Fuss als Grünraum zu betonen.

Unser Projektansatz schliesst sich dieser Lektüre an: Die vorgeschlagene u-förmige Erweiterung auf der Nordseite bildet mit dem Altbau zusammen ein kräftiges Volumen, welches zusammen mit den im Masterplan vorgesehenen Neubauten des Lüdinareals einen konisch sich öffnenden Gassen-/Platzraum ausbildet.

So deutlich das Haus neu aus zwei unterschiedlichen Teilen zusammengesetzt ist, so klar positioniert es sich auch weiterhin als Solitär: Die Lage zwischen zwei öffentlichen Plätzen führt gewissermassen dazu, dass das Haus keine Rückseite mehr hat, sondern zwei - wenn auch verschieden gewichtete - Hauptfassaden mit eigenen Zugängen: Zum Bahnhofplatz der öffentliche Haupteingang, die repräsentative Front, zum neu entstehenden Gerichtsplatz im Norden der Hauptzugang für die Mitarbeiter und die internen Bereiche.

Die Haupteingangsfassade zum Bahnhofplatz soll ihre repräsentative Wirkung wieder zurückerlangen, welche sie in ihrem frühen Zustand in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts hatte. Ein Rückbau des Mittelteils aus den 70er-Jahren sowie des Korridors aus den 20er-Jahren lässt einen durch die beiden Seitenrisaliten gefassten Eingangshof entstehen, welcher dem Gericht einen grosszügigen und angemessenen Anknüpfungsort schafft. Die so entstehende Front zum Bahnhofplatz entspricht wohl keinem historischen Zustand, trotzdem besteht sie ausschliesslich aus «historischen» Mauern.



Hanggarten
Querswege
GERICHTSGEBÄUDE ALS SOLITAR, UMGEBEN VON HARTBELÄGEN DEREN BÜSCHUNGSMAUER RAUMBILDEND FÜR DEN GRÜNZUG ORISBACH WIRKT

Aussenräume / Umgebungsgestaltung

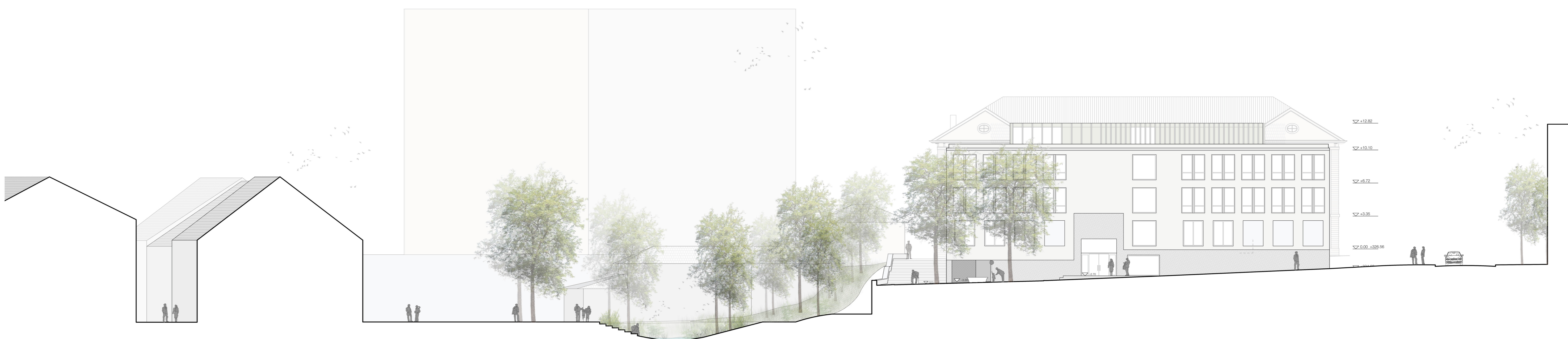
Das Gerichtsgebäude wird als Teil des Bahnhofsquartiers verstanden, welches sich auf der gebauten Kante des Orisbaches erstreckt. Das Gebäude positioniert sich bewusst als Solitär und befindet sich im öffentlichen Stadtraum. Durch die Mauer als Abschluss zum Grünzug steht das Kantonsgeschicht mit seiner gesamten Grundfläche im Hartbelag.

Der öffentliche Haupteingang grenzt direkt an den Postplatz. Mit der repräsentativen Treppenanlage, welche selbstbewusst in den Platz hineinragt, wird das Kantonsgeschicht seinem Stellenwert gerecht.

Von der abschliessenden Mauer gefasst, befindet sich der Gerichtsplatz erhöht über dem Grünzug des Orisbachs. Vier Hochstamm-bäume wachsen auf einer chaussierten Fläche, welche mit einem breiten Betonband gefasst ist. Mit einem Brunnen und Sitzbänken wird ein Ort mit hoher Aufenthaltsqualität und Atmosphäre geschaffen, welcher einen Mehrwert im öffentlichen Stadtraum darstellt. Neben der adressbildenden Wirkung für den Mitarbeiterzugang des Gerichtsgebäudes wird der Platz als Teil der Gassenstruktur des Lüdinareals und als Teil der Querverbindung zwischen der Altstadt und des Bahnhofsquartiers ein Bindeglied im Stadtgefüge.



ANSICHT SÜD 1:200



ANSICHT NORD 1:200



ANSICHT OST 1:200



ANSICHT WEST 1:200

Typologie und Organisation

Das Organisationsprinzip des Gebäudes führt zunächst eine klare Trennung der Funktionen in der Vertikalen ein. Im EG befinden sich im Anschluss an die Eingangs-räumlichkeiten alle publikumsorientierten Räume, namentlich die Gerichtssaale und deren unmittelbare Nebenräume, sowie im rückwärtigen Bereich die Gerichtsverwaltung. Die beiden Obergeschosse werden durch je 2 Gerichtsabteilungen besetzt.

Prägendes architektonisches Thema des Erdgeschosses ist die Schnittfigur, welche vom Haupteingang zu den grossen Sälen hin eine räumliche Dramaturgie aufbaut: das in die Tiefe orientierte Eingangsfoyer führt in einen dem Mittelteil des Altbaus eingeschriebenen zweigeschossigen Wartebereich, welcher sich über dessen ganze Breite erstreckt. Er erhält über die Obergeschossfenster kühles Nordlicht und bereitet durch seine konzentrierte Atmosphäre die Besucher auf die Verhandlungen vor. Die beiden grossen Säle besetzen schliesslich den Hofraum und erhalten durch Oblichter in einer zeitartigen Dachfigur gleichmässiges und blendfreies zenitales Licht. Die verhalten expressive Raumfigur zeichnet sie als wichtigste Räume des Hauses aus. Durch ihre zentrale Lage zwischen Publikumsbereich und rückwärtigem internen Bereich bieten sich im weiteren ideale Bedingungen für die Erschliessung der Säle durch die verschiedenen Parteien.

Die vertikale Erschliessung des Neubaus geschieht über ein zentral im Nordflügel liegendes Haupttreppenhaus, an welchem auch der zum zukünftigen Gerichtsplatz orientierte Mitarbeiterzugang liegt. Zwei weitere Nebentreppen besetzen den Ort der ehemaligen Haupttreppenhäuser in den Altbaurisallen und dienen als «Shortcuts» für die Mitarbeiter sowie den Logendienst zu den Abteilungen.

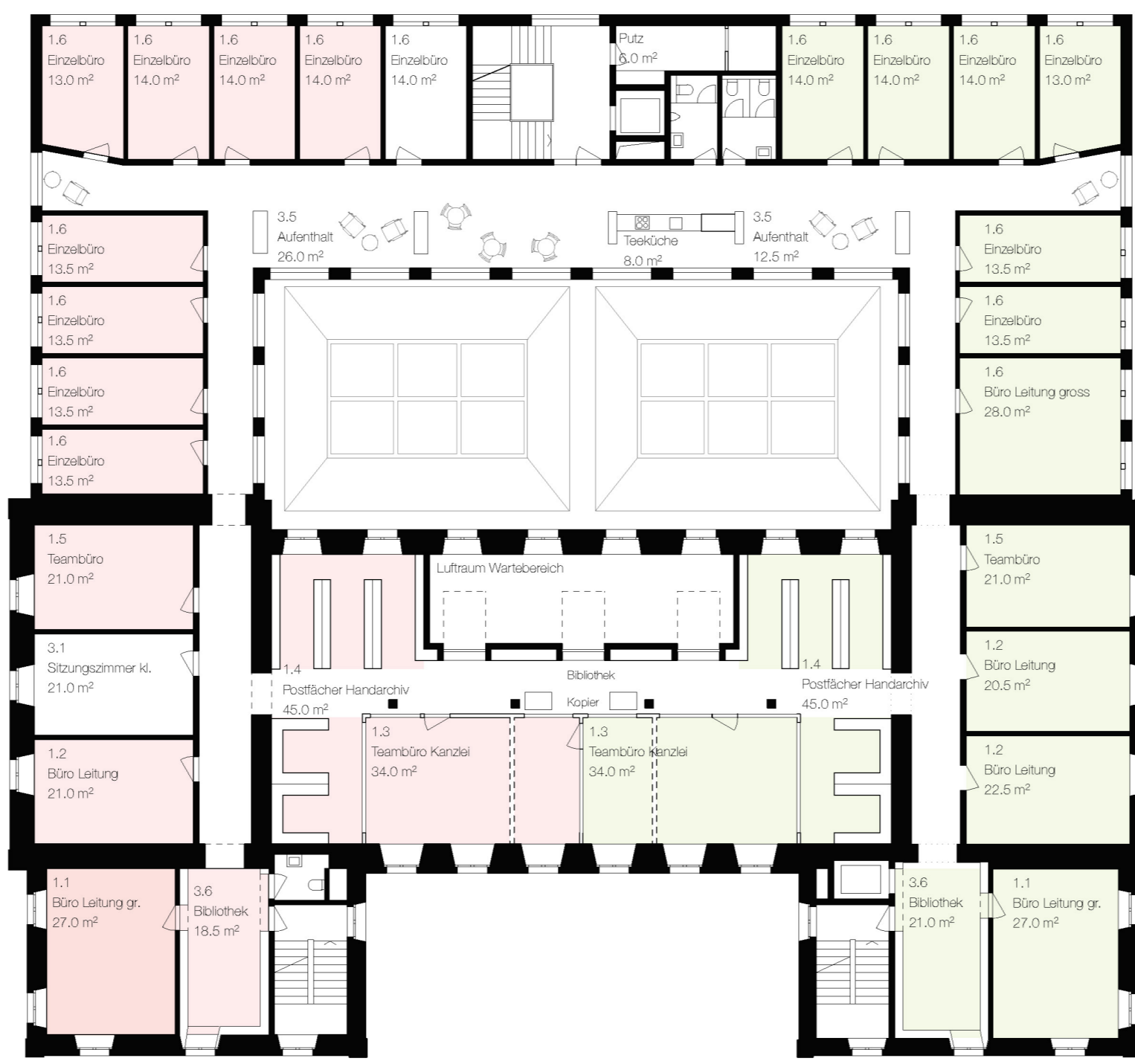
Die ringförmige Erschliessungsfigur der Obergeschosse beherbergt jeweils zwei Abteilungen pro Geschoss, welche jeweils einen Flügel besetzen, zueinander aber keine klare Abtrennung haben und so eine flexible Zuordnung der einzelnen Büroräume erlauben. Die Abteilungskanzleien besetzen den Mittelteil des Altbaus, was ihre zentrale Bedeutung unterstreicht. Durch ihre Lage unmittelbar nebeneinander können sie auch zusammengeschlossen werden.

Sicherheit/ Zugänglichkeit

Durch die Anordnung aller Publikumsnutzungen im EG sind die Wege zwischen öffentlich und intern weitgehend entflechtet. Die Fluchtwege des öffentlichen Bereichs führen zudem nicht über die Fluchttreppenhäuser, womit diese vom öffentlichen Teil her nicht betreten werden können. Alle Zugänge von aussen, mit Ausnahme des Haupteingangs, sind nur per Badge oder Schlüssel für Mitarbeiter zugänglich, somit ist auch die Tiefgarage für Fremde nicht betretbar. Eine unumgängliche Vereinzelungsanlage zum Haupttreppenhaus gewährleistet einen kontrollierten Zugang des geschützten Bereiches.

Büroarbeitsplätze

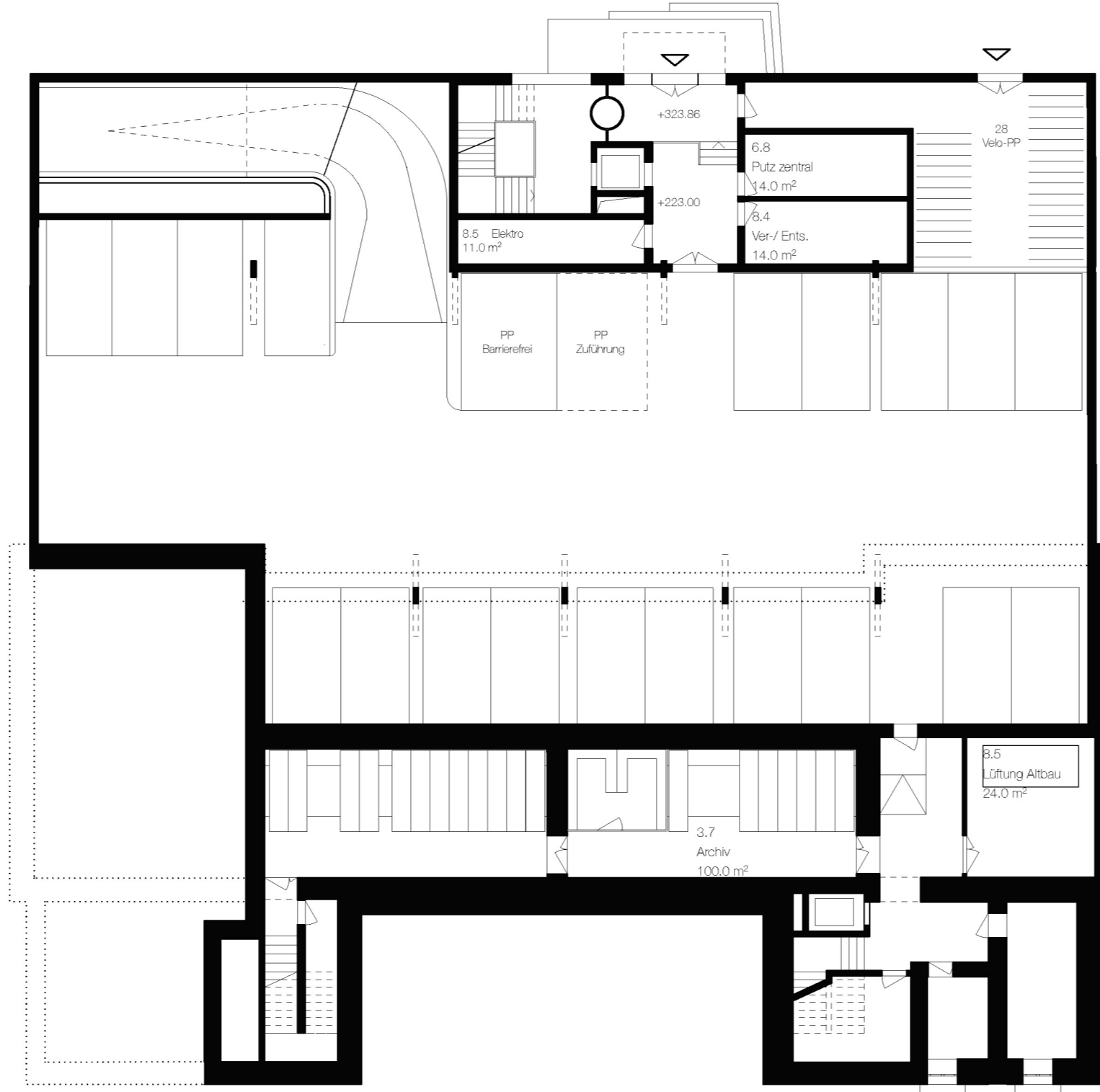
Das Fassadenraster ermöglicht durch breite Wandpfeiler und Pfosten in der Mitte der Fenster eine flexible Büroeinteilung im 7m²-System. Eine nachträgliche Anpassung der Abteilungsstrukturen ist so mit geringem Aufwand möglich. Die Büros sind innerhalb dieses Systems derart proportioniert, dass die Einrichtung der Arbeitsplätze gemäss den Richtlinien für Büroausstattung der Bau- und Umweltschutzdirektion und des Hochbauamtes des Kantons Basel Landschaft gewährleistet ist.



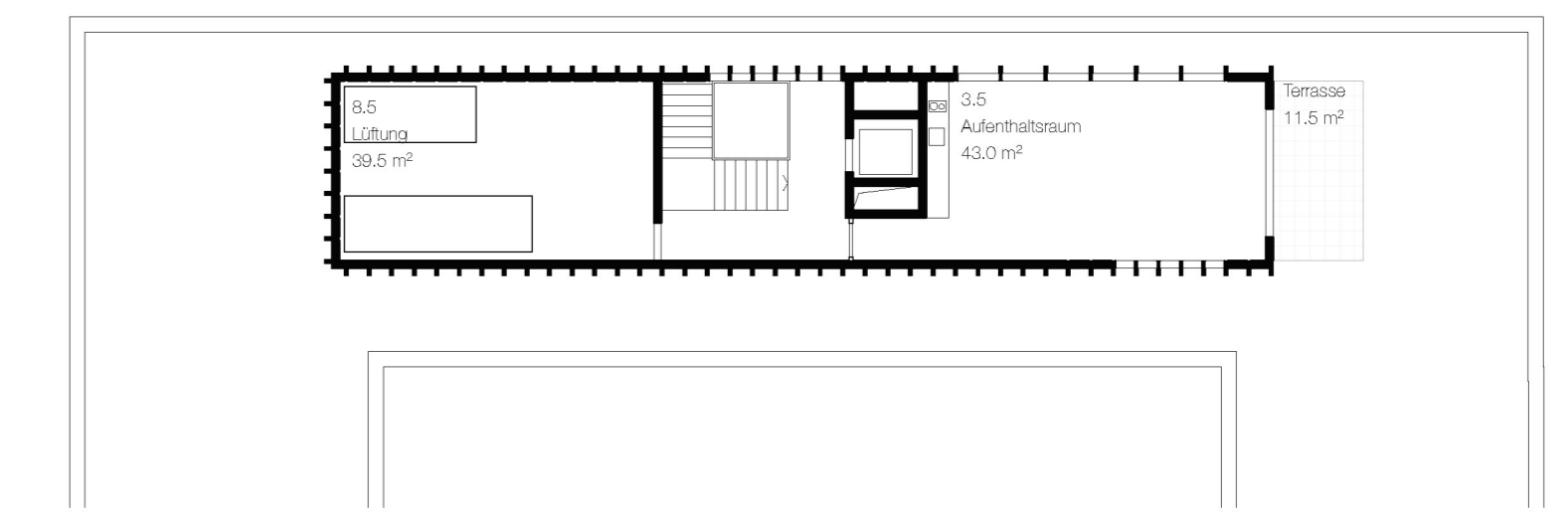
GRUNDRISS 1.OG 1:200
 ■ Abteilung Verwaltungsrecht
 ■ Abteilung Zivilrecht



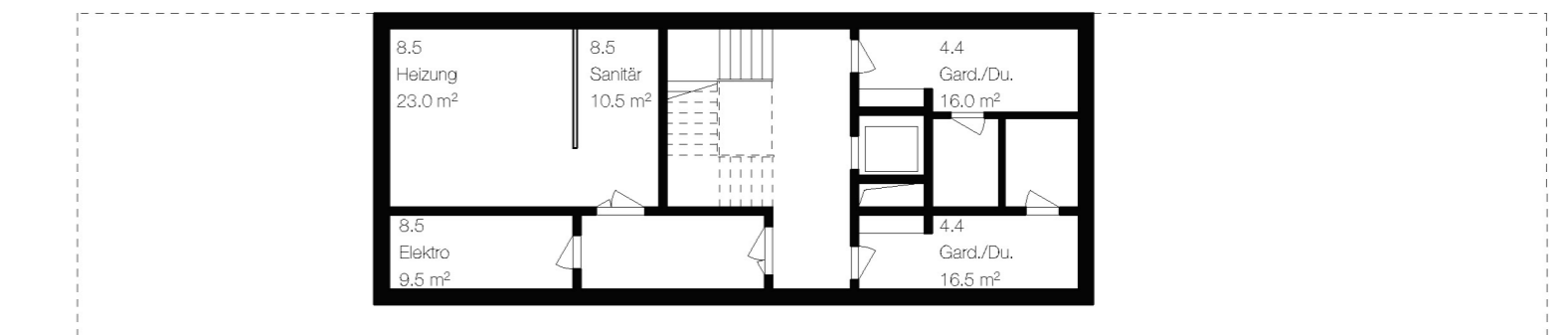
GRUNDRISS 2.OG 1:200
 ■ Abteilung Strafrecht
 ■ Abteilung Sozialversicherungsrecht



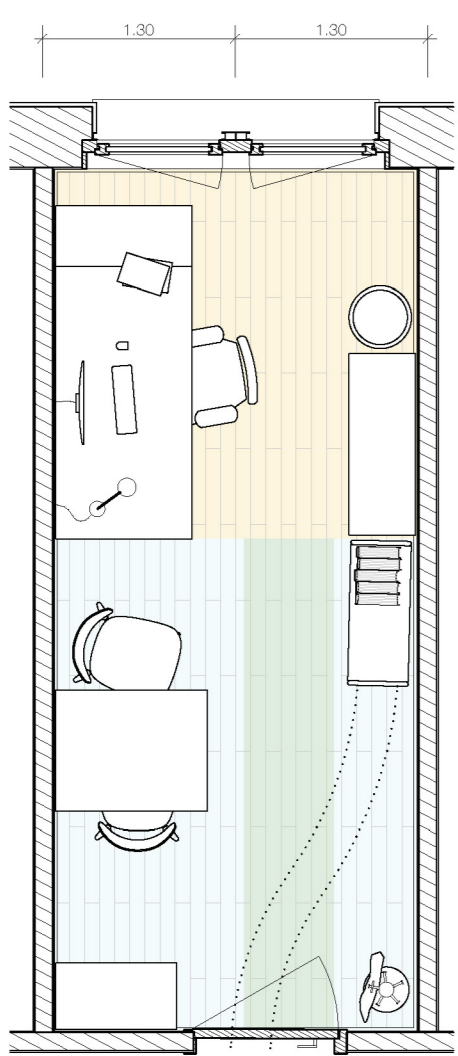
GRUNDRISS 1.UG 1:200



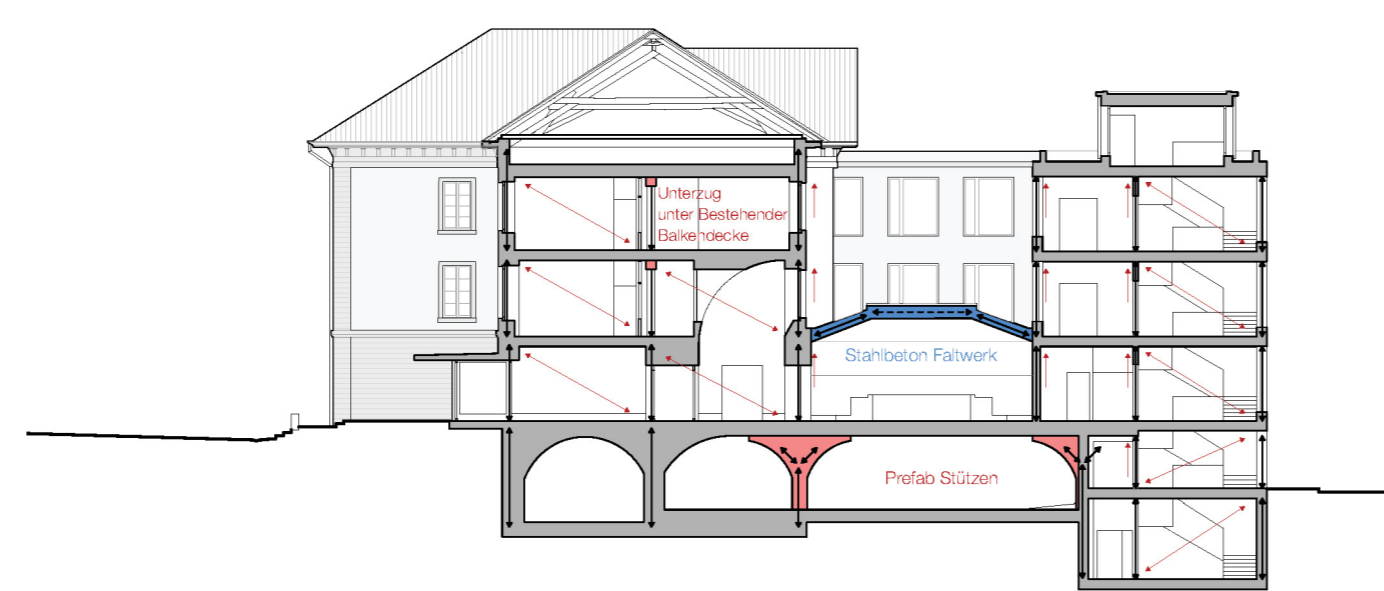
GRUNDRISS 3.OG 1:200



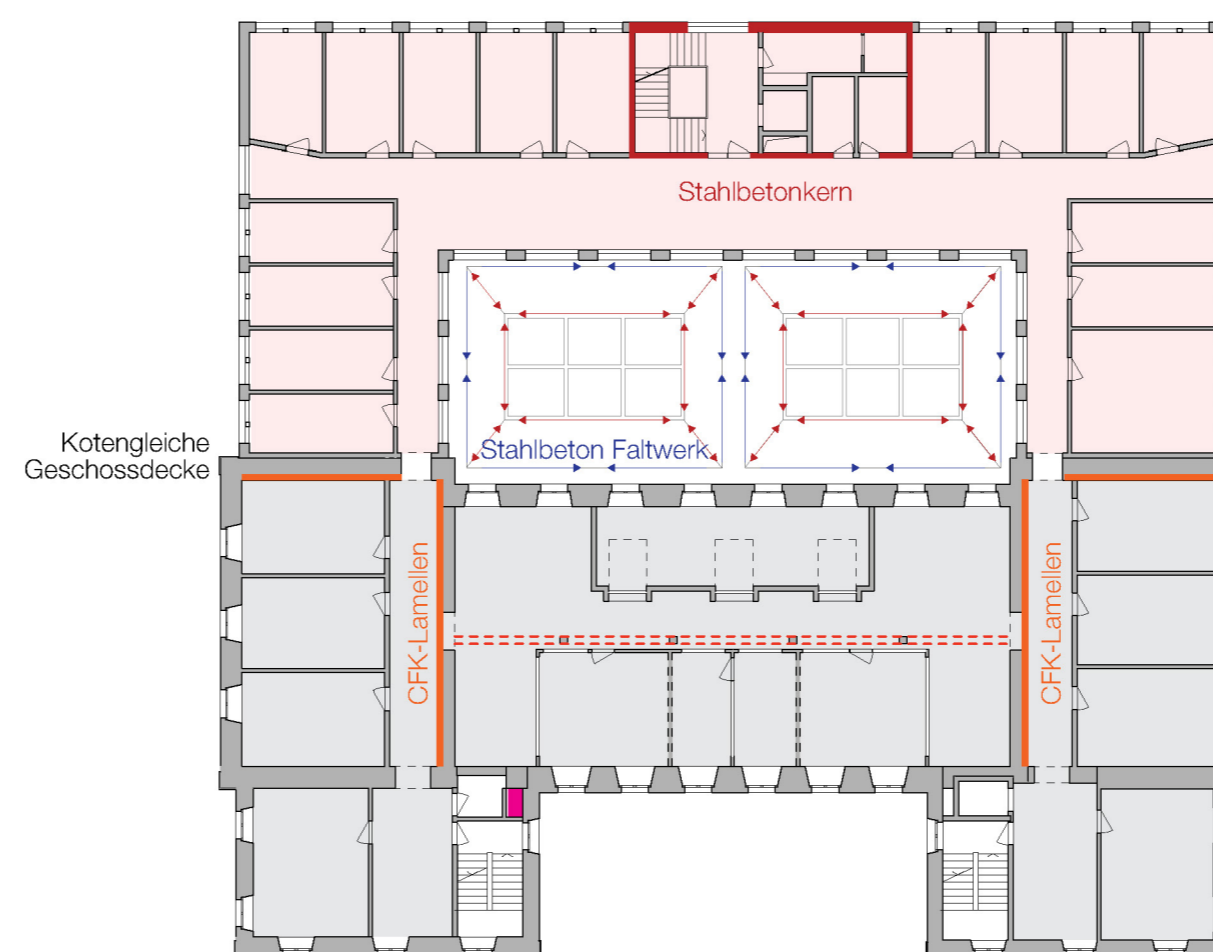
GRUNDRISS 2.UG 1:200



GRUNDRISS EINZELBÜRO 1:50
 ■ Direkter Arbeitsplatzzugang
 ■ Stell- und Bedienerfläche
 ■ Zusätzliche Ablage und Besprechung



SCHNITTSCHEMA STATISCHE STRUKTUR



GRUNDRISSSCHEMA STATISCHE STRUKTUR

Brandschutz

Da die drei geschlossenen Fluchttreppenhäuser über maximal zwei Räume erricht werden können, sind alle Geschossflächen von weiteren Brandschutzanforderungen befreit. Somit können die Korridore frei möbliert werden, und auch die hölzernen Decken des Bestandes können ohne Brandschutzverkleidungen erhalten bleiben.

Konstruktion Neubau: Massive Hülle - flexible innere Struktur

Der Neubau wird wie das bestehende Gebäude mit einer tragenden, homogen gemauerten Aussenschale aus Dämmbackstein erstellt, welche mit einem zusätzlichen Dämmputz die Anforderungen an die Hülle zur Einhaltung des Minergie-P Standards erfüllt. Ein aussenliegender stofflicher Sonnenschutz sorgt für die Verschattung der Büroräume.

Die Unterteilungen der Büroräume werden hingegen in Leichtbau ausgebildet, somit können spätere Anpassungen an die Raumstruktur einfach vorgenommen werden. Zu diesem Zweck werden die Fenster der Büroräume so ausgebildet, dass auch auf den Mittelpfosten eine Leichtbauwand angeschlagen werden kann. Somit können die Räume aufbauend auf einer Grundeinheit von 7 m² frei eingeteilt werden. Der aussenliegende Sonnenschutz ist bei jedem Fenster zweiteilig und kann so dementsprechend umprogrammiert werden.

Statisches Konzept

Das Projekt verschmilzt die Tragwerke von Bestand- und Neubau zu einem neuen monolithischen Ganzen. Sowohl die horizontalen Kräfte von Wind und Erdbeben als auch die vertikalen Kräfte von Eigen-, Nutz- und Auflasten werden im Zusammenspiel der Bestand- und Neubautragwerke abgetragen. Kotengleich und klammerförmig werden die Bestandsholzdecken über Erdgeschoss, erstem und zweitem Obergeschoss, mit neuen Stahlbetondecken von 26 cm Stärke kraftschlüssig ergänzt und gemeinsam durch über alle Geschosse durchgehende Wände des Bestandes und der Erweiterung ausgesteift. Die vertikale Lastabtragung erfolgt weitgehend direkt in die Fundation über die tragenden Fassaden- und innenliegenden Stützen.

Die neue Tiefgarage entsteht auf organische Weise durch den Teilabbruch des zweischiffigen Tonnengewölbes und dem bündigen und horizontal stützenden Anschluss der Neubaudecke an dessen Scheitel. Zum Tonnengewölbe affin vorfabrizierte Stahlbetonstützen verkürzen die Abstände der Auflager der Tiefgaragendecke auf wirtschaftliche Spannweiten.

Mit den je vier, gegeneinander geneigten Stahlbetonscheiben, sind auch die Gerichtssaaldecken dank der Faltwerktragwirkung dünn und äusserst effizient zu bewerkstelligen.

Haustechnik/ Nachhaltigkeit

Die Wärmeerzeugung und -gewinnung soll durch eine energetisch und ökologisch effiziente Anlage erfolgen. Die mögliche Nutzungen des Fernwärmenetzes, Erdsondenbohrungen (Auflagenbehalt) oder Grundwasser sollen geprüft werden. Die neue Heizzentrale erschliesst beide Gebäudeteile. Während die Wärmeübergabe des Bestandes, wie gehabt, über Heizkörper erfolgt, kommt zur optimalen räumlichen Ausnutzung im Anbau eine Fussbodenheizung zum Einsatz.

Die Lüftung der einzelnen, aussenliegenden Büroräumlichkeiten erfolgen natürlich über die Fenster, wobei eine mechanische Ansteuerung zur Nachtauskühlung und CO₂-Steuerung möglich ist. Die inneren Räume und Nasszellen im Bestandes- und Neubau werden mittels kontrollierter Komfortlüftungsanlage (inkl. WRG) be- und entlüftet, wobei die Erschliessung der Zu- und Abluft mit konventioneller Verteilung erfolgt. Die Be- und Entlüftung des Gerichtssaal erfolgt mittels kontrollierter Komfortlüftungsanlage, mit integrierter Klima-Kälte-Einheit, welche die Behaglichkeit im Sommer gewährleistet.



ENGRIFFE AM BESTAND
 Rustizierung: Streifenraster durch Ritzgrutz
 Farbe: Mineralischer Anstrich in Grautönen
 Fenster: Nachbildung der historischen Fenster durch Sprossenteilung und Farbgleichung
 Sonnenschutz: Stoffmarkise analog Erweiterung
 Südfassade: Nachbildung der ursprünglichen Befensterung

FASSADENSCHNITT UND -ANSICHT 1-50

